

Die Österreicher sind relativ zufrieden mit sozialer Sicherung und fordern eine stärkere Steuerprogression

Die länderübergreifende OECD-Umfrage „Risks that Matter“ (RTM) untersucht, wie Menschen soziale und wirtschaftliche Risiken wahrnehmen und wie sie die Arbeit Regierung einschätzen. Für die Umfrage wurde eine repräsentative Stichprobe von 27 000 18- bis 64-Jährigen in 27 OECD-Ländern befragt, um besser zu verstehen, was die Bürger:Innen von der Sozialpolitik erwarten und brauchen.

Drei von vier Befragten (75%) machen sich in Österreich Sorgen um ihre Finanzen und ihr allgemeines sozioökonomisches Wohlergehen - in etwa Durchschnitt aller teilnehmender Länder (Abb. 1). Dieser Anteil ist seit 2020 (50%) stark gestiegen. Von allen kurzfristigen Risiken machen sich Österreicher:Innen am meisten Sorgen um die Begleichung ihrer Rechnungen (62%), gegenüber 44% im Jahr 2020.

Die Österreicher:Innen sind mit den öffentlichen Dienstleistungen relativ zufrieden. Die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit (57%) und mit dem Bildungssystem (55%) ist höher als im OECD Durchschnitt (44% bzw. 47%). Jedoch ist die Zustimmung zur COVID-19 Politik der Regierung relativ tief (33%, verglichen mit 45% im Länderdurchschnitt).

Obwohl das Vertrauen in staatliche Einkommensunterstützung im Falle finanzieller Schwierigkeiten relativ hoch ist (40% in Österreich, verglichen mit

33% im internationalen Vergleich), geben die Österreicher auch häufiger an, dass sie sich im Falle finanzieller Schwierigkeiten auf Familie oder Freunde verlassen würden (64% gegenüber 55%) (Abb. 3). Außerdem sind 49% der Österreicher:Innen skeptisch, dass sie im Bedarfsfall problemlos Sozialleistungen beziehen könnten - eine Quote nahe am internationalen Durchschnitt von 46%. Viele derjenigen, die dem Zugang zu Leistungen skeptisch gegenüberstehen (77%), befürchten ein kompliziertes Antragsverfahren. Dies ist auch die häufigste Befürchtung im Bezug auf den Zugang zu Leistungen in anderen Ländern. Auf die Frage, in welchen Bereichen der sozialen Dienste es sich lohnen würde, zusätzliche 2% ihres Einkommens für Steuern und/oder Sozialbeiträgen auszugeben, nennen Österreicher das Gesundheitssystem und die Alterspensionen an erster Stelle - genau wie die meisten anderen RTM Länder.

Wenn es um andere Möglichkeiten der Finanzierung des Sozialschutzes geht, sind fast sieben von zehn Österreichern (67%) der Meinung, dass die Reichen stärker besteuert werden sollten, um die Armen zu unterstützen (Abb. 4). Dies liegt über dem RTM Durchschnitt von 60%. 71% der 50-64-Jährigen befürworten eine stärkere Umverteilung, verglichen mit 64% der 18-29-Jährigen.

Abb. 2. Anteil derjenigen, die der Meinung sind, dass ihre Regierung insgesamt genug getan hat, um die COVID-19-Pandemie zu bewältigen, nach Land, 2022

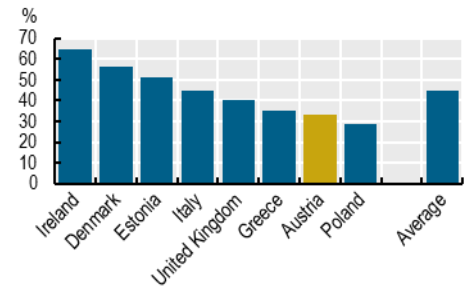


Abb. 3. Anteil der Personen, die angeben, dass sie im Falle finanzieller Schwierigkeiten angemessene Unterstützung erhalten würden, nach Kategorie und Land, 2022

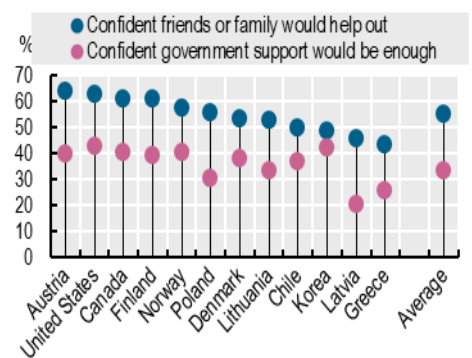
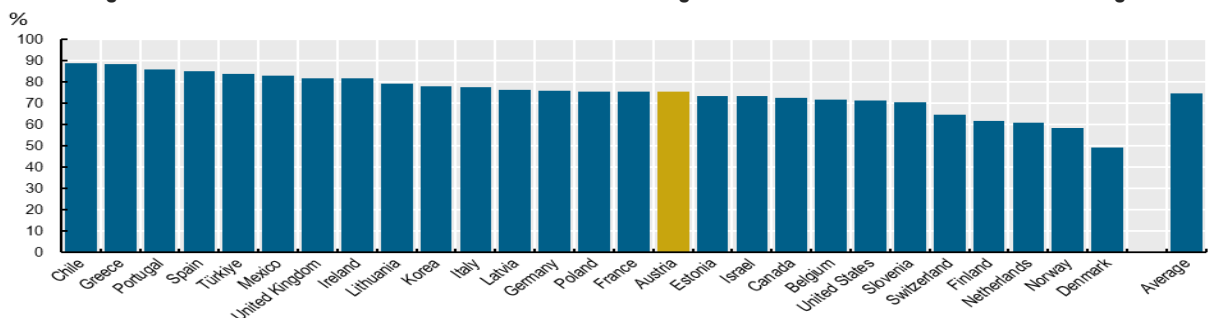


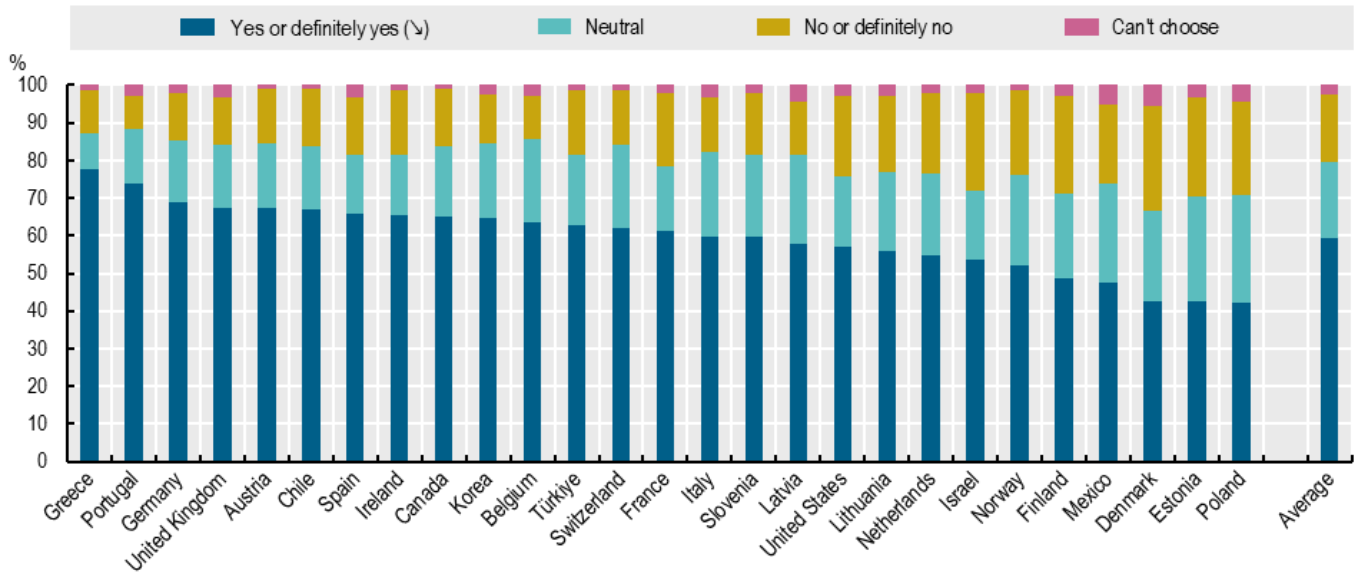
Abb. 1. Anteil Befragter die sich um die Finanzen ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen sorgen, 2022



Anmerkungen: Der Durchschnitt bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 27 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind. Die Befragten wurden gefragt: „Wenn Sie an die nächsten ein oder zwei Jahre denken, wie besorgt sind Sie im Allgemeinen über die Finanzen Ihres Haushalts und das allgemeine soziale und wirtschaftliche Wohlergehen“. Sie konnten wählen zwischen: „Überhaupt nicht besorgt“; „Nicht so besorgt“; „Etwas besorgt“; „Sehr besorgt“; „Kann mich nicht entscheiden“. Die Daten geben den Anteil der Befragten an, die „etwas besorgt“ oder „sehr besorgt“ angaben. Vollständige Anmerkungen siehe Bericht.

Quelle: OECD Risks that Matter Survey 2022, <http://oe.cd/rtm>.

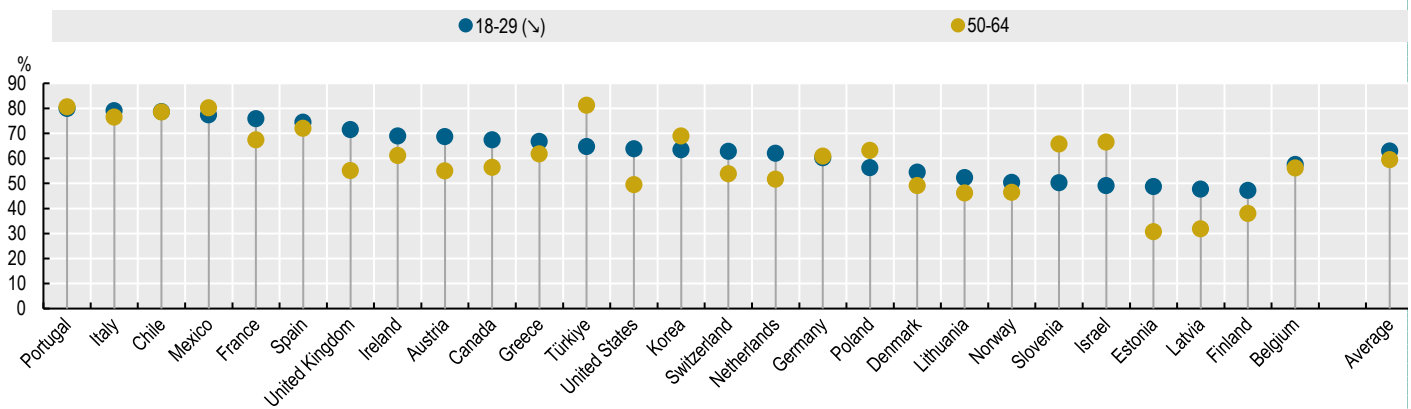
Abb. 4. Anteil der Befragten, die angeben, ob sie der Meinung sind, dass die Regierung die Reichen stärker besteuern sollte als bisher, um die Armen zu unterstützen, nach Land, 2022



Anmerkungen: Der Durchschnitt bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 27 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind. Die Befragten wurden gefragt: „Sollte die Regierung die Reichen stärker besteuern als bisher, um die Armen zu unterstützen?“. Die Befragten konnten wählen zwischen: „Definitiv nein“; „Nein“; „Neutral“; „Ja“; „Definitiv ja“; „Kann mich nicht entscheiden“. Die Daten geben den Anteil der Befragten wieder, die „auf jeden Fall nein“ oder „nein“ bzw. „auf jeden Fall ja“ oder „ja“ gewählt haben. Vollständige Anmerkungen finden Sie im Hauptbericht. Source: OECD RTM Survey 2022, <http://oe.cd/rtm>.

In der Erhebungswelle von 2022 wurden die Befragten zum ersten Mal nach ihren Bedenken bezüglich der Klimakrise gefragt. Der Klimawandel hat in allen Ländern eine hohe Priorität: 59% der Befragten fordern im internationalen Durchschnitt, dass die Regierung dem Klimawandel Priorität einräumt. Die Österreicher:Innen zeigen sich relativ besorgt über dieses Thema, insbesondere unter den jüngeren Befragten (Abb. 5). 69% der jungen Österreicher:Innen (18-29 Jahre) denken, dass die Regierung den Umgang mit dem Klimawandel priorisieren sollte, verglichen mit 63% der Jugendlichen im internationalen Vergleich. Die Unterstützung für den Umgang mit dem Klimawandel ist bei den älteren Befragten etwas geringer, aber dennoch fordert eine Mehrheit der Österreicher:Innen mittleren (61%) und älteren (55%) Alters eine stärkere Priorisierung des Klimawandels durch die Regierung.

Abb. 5. Anteil der Befragten, die denken, dass ihre Regierung dem „Umgang mit dem Klimawandel“ [...] im kommenden Jahr mehr oder viel mehr Priorität einräumen sollte, nach Altersgruppe und Land, 2022



Anmerkung: Der Durchschnitt bezieht sich auf den ungewichteten Durchschnitt der 27 OECD-Länder, für die Daten verfügbar sind. Die Befragten wurden gefragt: „Wenn Sie an die globalen Herausforderungen von heute denken, inwieweit sollte Ihre Regierung den folgenden Punkten im kommenden Jahr Priorität einräumen?“ Die Bewältigung des Klimawandels. Die Befragten konnten wählen zwischen: „Viel weniger priorisieren“; „Weniger priorisieren“; „So priorisieren wie jetzt“; „Mehr priorisieren“; „Viel mehr priorisieren“; „Kann mich nicht entscheiden“. Die Daten geben den Anteil der Befragten wieder, die „mehr priorisieren“ oder „viel mehr priorisieren“ gewählt haben. Vollständige Anmerkungen finden Sie im Hauptbericht. Quelle: OECD RTM Survey 2022, <http://oe.cd/rtm>.

Die OECD-Umfrage „Risks That Matter“ ist eine länderübergreifende Umfrage über die sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Menschen, wie gut die Regierung ihrer Meinung nach auf ihre Bedürfnisse und Erwartungen eingeht und welche Politik sie sich für die Zukunft wünschen. Die Umfrage wurde 2018, zur Unterstützung der OECD-Ministerkonferenz zur Sozialpolitik, und 2020 durchgeführt. Die Befragungswelle 2022, die von Oktober bis Dezember 2022 durchgeführt wurde, stützt sich auf national repräsentative Stichproben in Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Israel, Italien, Kanada, Korea, Lettland, Litauen, Mexiko, den Niederlanden, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien, der Schweiz, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.